

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Zeilher Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige  
Petition oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 44.

Sonnabend, den 31. Oktober 1914.

18. Jahrgang.

## Kriegskameradschaft und daheim.

Was würde man von einem Soldaten halten, der mit geküllter Geldtasche und vollem Brotkasten Kameraden, die neben ihm im Schützengraben liegen, vor Hunger und Durst verschmähen ließe? Willig verteilt da der Offizier seine letzten Lebensmittel unter seine Mannschaften, und mancher, der gewohnt ist, auf weichen Federn zu liegen, schläft jetzt auf hartem Stroh. Was liegt daran, wenn nur der Sieg errungen wird?

Was im Felde gilt, gilt auch daheim. In gewissem Sinne sind wir jetzt alle Kriegskameraden, von denen jeder verpflichtet ist, dem andern in der Not beizustehen. Wer im Felde ist, durch persönliche Opfer Not von andern abzuwenden und dies zu tun unterläßt, der ist kein Vaterlandsfreund und verdient nicht den Schutz des Staates, für dessen Erhaltung jetzt auch die Aermsten ihr Leben opfern.

In Berlin hat denn auch eine Versammlung großer wirtschaftlicher Verbände stattgefunden, in der die Bereitschaft der Teilnehmer, für die glückliche Durchführung des Krieges auch mit allen wirtschaftlichen Mitteln einzutreten, in einmütiger Weise verkündet wurde. An der Rundgebung beteiligte sich der Deutsche Handeltagsrat, der Deutsche Landwirtschaftsrat, der Kriegsausschuß der deutschen Industrie und der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag. Die Redner der Versammlung — Dr. Kaempf, Graf Schwerin-Löwig, Landrat a. D. Roetger u. a. —, waren alle einig in der Bekundung ihres Willens, alle Opfer auf sich zu nehmen, die der Krieg mit sich bringen wird.

Der Krieg fordert gewaltige Opfer von allen: von den Kämpfern draußen das Leben, von den Armen daheim das Opfer der Existenz. Um so willkommener muß uns eine Rundgebung sein, die, recht verstanden, doch nur den Sinn des Zusammenstandes haben kann, daß die höhere Einheit der nationalen und der sozialen Interessen nunmehr allgemein anerkannt wird. Wenn der englische Finanzminister Lord George gesagt hat, den gegenwärtigen Weltkrieg werde die letzte Milliarde entscheiden, so kann man das plattförmig vielleicht so ausdrücken, daß dasjenige Volk siegreich bleiben wird, das am längsten Brot zu essen hat.

Es handelt sich ja nicht bloß um die Verpflegung im Felde, deren Notwendigkeit so klar ist, daß über sie kein Wort mehr gesagt zu werden braucht, es handelt sich auch um die wirtschaftliche, d. h. die körperliche Erhaltung der daheimgebliebenen Bevölkerung. Zwischen ihr und der Armee besteht ein unzerbrechlicher Zusammenhang. Noch gibt es viele wehrfähige Männer im Hinterland, die ihrer Einberufung harren und die — wenn sie später ihre Pflicht tun sollen — in kräftigem und wohlgenährtem Zustand an die Front kommen müssen. Die im Felde Stehenden sind wiederum mit den Daheimgebliebenen in engen Familienbeziehungen, der Gedanke, daß ihre Angehörigen zu Hause Not leiden, würde schwerer als jeder Gemeinheitszustand drücken und ihre Kampfkraft schwer beeinträchtigen.

Wer gewohnt ist, alle Dinge aus militärischem Gesichtswinkel zu sehen, wird die soziale Friedensarbeit als die wichtigste Kriegsvorbereitung betrachten müssen. Wenn die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in Friedenszeiten für die Hebung der proletarischen Lebenshaltung, für Arbeiterlohn, guten Lohn, billige Nahrung und einen sozial gerechten Ausgleich der wirtschaftlichen Güter kämpfen, so haben sie dadurch in hohem Grade zur Wehrfähigkeit des deutschen Volkes beigetragen. Man kann weitergehen und sagen: Die wirtschaftliche Organisation, wie sie der Sozialismus anstrebt, bietet die beste Gewähr für die Abwehr eines feindlichen Angriffs von außen, denn sie gibt jedem einzelnen nicht bloß ein Vaterland, mit dem zugleich er seine menschlichen Brüder teilt, sondern sie gibt allen zusammen die Macht zum Sieg und zur Wiederherstellung der Volksgesundheit nach dem Kriege.

Die Einheit in diese tieferen Zusammenhänge beginnt jetzt in der Zeit der Not allen anzuleuchten. Was in 44 Friedensjahren einfache Wahrheit gewesen ist, wird jetzt im Kriege zur Notwendigkeit. Darum muß die Opferbereitschaft der Reizenden, wenn sie sich als echt erweisen will, jetzt auch die härteste Probe bestehen.

Auf die letzte Schlacht ansetzen, wird der dauernde, sichere Friede geschlossen, den wir alle erhoffen, dann dürfen die großen Lehren des Krieges nicht vergessen werden. Dann wird eine Zeit kommen, die dauernd über das persönliche Interesse des einzelnen das Interesse des Volksganzen stellt!

## Unser Verband wirkt auf die Behörden ein.

In der letzten Zeit haben die Gesteinsauschreibungen recht merklich nachgelassen. Die Mätker, die vorzugsweise Submissionsanzeigen bringen, enthalten Ausschreibungen, deren die Steinindustrie in Frage kommt, nur außerordentlich selten. Diese Tatsache wird uns auch aus den verschiedenen Fachstellen gemeldet. Die Verbandsleitung hat deswegen unverzüglich Maßnahmen getroffen, um auf die Behörden wegen der Vergebung von Arbeiten einen Einfluß auszuüben. An den preussischen Eisenbahnminister wurde deswegen berichtet, für Steinprodukte, die in den so hart umkämpften Ostprovinzen benötigt werden, Aus-

nahmetarife einzuführen. Nur wenn dem stattgegeben wird, ist beispielsweise die schlesische Steinindustrie in der Lage, mit Erfolg konkurrieren zu können. Da in Ost- und Westpreußen eine große Reihe von Bauten ausgeführt werden, ist damit zu rechnen, daß auch der Steinindustrie Aufträge zufließen.

Die Eisenbahndirektionen haben in den letzten Wochen mit den Schotterauschreibungen ebenfalls sehr zurückgehalten, so daß schon einige Schotterwerke geschlossen werden mußten. Wir haben uns an die Eisenbahndirektionen gewandt, daß die projektierten Lieferungen jetzt schon zur Vergebung gelangen sollten. Die Eisenbahndirektionen könnten dem ohne weiteres stattgeben, weil es ihnen an Mitteln sicherlich nicht mangelt. Desgleichen wandte sich die Verbandsleitung auch an die Magistratsbehörden, damit die Bestellungen von Pflastersteinen nicht ganz ausbleiben. Mit Nachdruck wurde in allen Eingaben darauf hingewiesen, daß die Baubehörden doch wieder mehr auf die Verwendung von Naturstein zurückkommen möchten. Die Steinbruchgebiete, die hervorragende Materialien liefern, wurden ebenfalls angeführt. Auch wurde verlangt, daß bei der Uebertragung von Aufträgen zunächst die Unternehmer berücksichtigt werden sollten, die mit den Arbeitern Tarifverträge zum Abschluß gebracht haben. Wir dürfen wohl erwarten, daß die Eingaben nicht ohne Erfolg bleiben. Die Kollegen können aber wiederum erwarten, daß die Verbandsleitung bestrebt ist möglichst intensiv die Interessen der Kollegen zu vertreten.

## Kartoffelwucher.

Die jüngsten Preissteigerungen für Kartoffeln.

Aus den verschiedensten Gebieten Deutschlands, überall unter Vorantritt der naturgemäß am meisten betroffenen größeren Städte und Industriestädte, laufen sich die Nachrichten über plötzliche Preissteigerungen, zum Teil ganz wucherartige Preissteigerungen für Kartoffeln. Stettin, Kiel, Bremen, Hamburg mögen als Beispiele für die Küstenstädte genannt sein. Für Mitteldeutschland liegen Preissteigerungen aus der Dresdner Gegend und dem sächsischen Vogtland, aus Koburg, Gotha, Erfurt und Meiningen, ferner aus Halle, Braunschweig, Hannover und Kassel vor. In Nürnberg berichten Magistrat und Händler über die Wege, auf denen den maßlosen Forderungen der Lieferanten entgegenzutreten sei. Im Westen steht in Eßlingen, in Hagen, in der Pfalz die gleiche Frage auf der Tagesordnung. In Berlin, dem hervorragendsten Orte des Absatzes und Verbrauchs, schlug die Presse frühzeitig Alarm, und die Gewerkschaftskommission verlangte sofort Maßnahmen zur Abwehr des drohenden Notstandes. Die in Berlin zur Ueberwachung der Lebensmittelpreise eingesetzte städtische Kommission will in gleicher Richtung bei den zuständigen Behörden, vor allem bei dem Oberkommando in den Marken vorkommen. Es liegt also reichlich Anlaß vor, über Produktion und Bedarf dieses, gerade in Deutschland ungemein wichtigen Nahrungsmittels die grundlegenden Ziffern zusammenzustellen, um daraus einen Rückschluß auf das künstliche oder Normale der heutigen Marktpreise ziehen zu können.

### Die Ernteschätzung.

Bewundernd scheint zunächst gewirkt zu haben, daß die neuesten Ernteschätzungen hinter den vorangegangenen hochgelegerten Erwartungen etwas zurückblieben. Dies bedeutet jedoch keineswegs ein Zurückbleiben hinter den durchschnittlichen Ergebnissen der letzten Jahre. Der gewiß unverdächtige, agrarische Deutsche Landwirtschaftsrat kommt vielmehr in seiner jüngsten, am 17. Oktober veröffentlichten Berechnung auf eine deutsche Ernteziffer von 47 Mill. Tonnen — wogegen: „unter Berücksichtigung, daß ein Teil der Kartoffelernte in Ostpreußen und Oberelb infolge der kriegsbedingten Ereignisse nicht geerntet werden kann.“ Trotz dieser Einschränkung steht der in Aussicht genommene Ertrag immer noch um 2 Millionen Tonnen über dem Durchschnitt für das gesamte Deutschland während der letzten zehn Jahre 1904 bis 1913, der sich auf 44,8 Millionen Tonnen belief. 1904 hatten wir tatsächlich nur einen Ertrag von 30,3 Millionen Tonnen, 1908 von noch nicht 43 Mill., 1910 von wenig über 43, im Winterjahr 1911 sogar nur von knapp 34,4 Mill. Tonnen. Die 47 Millionen der letzten, obwohl etwas abgeschwächten Schätzung halten sich also noch immer auf recht ansehnlicher Höhe.

### Die verschiedenen Bedarfsansprüche.

Auch große Bedarfsverflechtungen, die eine wesentliche Preissteigerung nach sich ziehen müßten, hat der Krieg, bisher wenigstens, in keiner Weise gebracht. Nach Professor Wohltmann-Halle, der sich wiederum auf das übereinstimmende Urteil der Sachverständigenliteratur beruft, verteilt sich der deutsche jährliche Durchschnittsverbrauch von 45 Mill. Tonnen in folgenden Teilschritten auf die einzelnen Verwendungsgebiete:

| 13,0 Mill. Tonnen zur menschlichen Ernährung |                                                   |
|----------------------------------------------|---------------------------------------------------|
| 4,6                                          | „ für industrielle Zwecke (Spiritus, Stärke usw.) |
| 16,3                                         | „ zur Verfütterung                                |
| 6,8                                          | „ zur Wiederauslaugung                            |
| dazu 4,5                                     | „ Verlust durch Fäulnis und Schwund (10%)         |
| auf 45,0 Millionen Tonnen.                   |                                                   |

Der Krieg hat bisher nur eine gewisse Menge von Kartoffeln, die früher der Brauntweineherzeugung dienten, für andere Verwendungen freigelegt, also insofern für den Nahrungsbedarf nur geringfügig gewirkt. Denn der Bundesratsbeschuß vom 15. Oktober, der ruhig noch verhängt werden könnte, legt für alle Brennerereien mit einer Jahresproduktion von über 50 Hektoliter Alkohol den Durchschnittsbedarf auf 60 Hektoliter des allgemeinen Durchschnittsbedarfes, für die Gesamtheit der bayerischen, württembergischen und badischen Brennerereien auf 70 Proz. des für 1911/12 zugewiesenen Kontingentes fest. Außerdem sollen für 1914/15 beim Spiritus 65 Proz. der hergestellten Erzeugung unter die Vergällungspflicht fallen, also für gewerbliche Zwecke, vor allem wohl als Antiseptikum im Weizen, an Stelle des sehr knapp und teuer gewordenen Buntins, verfügbar gemacht werden. Für den Brauntweineherzeugung mag das wenig sein, für den Kartoffelmarkt kann es an sich nur eine ganz kleine Preisermäßigung bringen.

Das augenblickliche Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot. Die rapid um sich greifenden Preiserhöhungen sind daher nur als Abnormität zu behandeln, die auf der rückständigen Ausnutzung

vorübergehender Versorgungsstörungen und unbegründeter, zum Teil absichtlich erzeugter Panikstimmungen der Konsumenten- und Kleinverbraucher beruhen. Vom September ab, in erster Linie jedoch im Oktober, sind weite Bevölkerungskreise daran gewöhnt, sich mit einem Male gleichzeitig für einen länger dauernden Bedarf einzudecken. Diesmal verhärtete sich die außerordentliche Nachfrage noch durch die zwar wohlgemeinten und innerlich durchaus berechtigten, aber geschäftlich wenig geschickt disponierenden Bemühungen zahlreicher Gemeindeverwaltungen: beträchtliche Vorräte zum Weiterverkauf oder zur freien Abgabe an Bedürftige zu erwerben. Auf der Gegenseite stockte die Zufuhr mehr als sonst, weil sich die Abwertung unter dem verhältnismäßigen Mangel an ländlichen Arbeitskräften länger als gewöhnlich hinauszog und weil sich die Zufuhr zu den Absatzmärkten eher noch, als sonst verzögerte: die seltener gewordenen Zugtiere sind für die noch ausstehenden Feldarbeiten nicht zu entbehren und die weiterbefördernden Bahnen funktionieren vollends nicht in alter Regelmäßigkeit. Für wucherartige Marktpreise aller Art ist dies, wie sich denken läßt, eine gefundene Gelegenheit. Die Vorratbesitzer können bei der tatsächlichen augenblicklichen Knappheit mehr verlangen, soweit sie nur wollen, und die künftigen Käufer steigern ihren Andrang und damit von neuem die Knappheit, weil sie bei in die Höhe schwellenden Preisen erst recht nach sofortiger Bedarfsdeckung streben. Händler und Landwirte wiederum entschließen sich um so weniger zu Lieferungen, je bessere Preise sie später für ihren Handelsartikel oder ihr Erzeugnis erhoffen dürfen. Nach allen grundlegenden Produktions- und Bedarfsverhältnissen mag diese ganze Entwicklungslage noch so unnatürlich erscheinen: die verkörperte Welt wird dennoch längere Zeit zur Wirklichkeit.

### Behördliche Befugnisse zum Einschreiten.

Selbstverständlich können alle beteiligten Verbraucher und Käufer gar nicht genug ermahnt werden, nicht durch eigene Schuld und sinnlose Ungeheuer das Unheil zu verschlimmern. Schnelles Handeln und Eingreifen der Behörden muß jedoch vor allem die raschere und gründlichere Wendung zum Besseren bringen. Am Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission haben deshalb alle bisher zu Worte gekommenen wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen die sofortige Festsetzung von Höchstpreisen gefordert, um die Käufer zu beruhigen und die Vorratbesitzer von weiteren Zurückhaltungen abzusprechen. Da der Bundesrat auf Grund seiner Verordnung vom 25. August die Anstaltspflicht über Vorräte an „Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere an Nahrungs- und Futtermitteln aller Art sowie an rohen Naturerzeugnissen, Holz- und Leinwandstoffen“ eingeführt hat, so muß es ein leichtes sein, die willkürliche Warenentziehung zu kontrollieren und gegebenenfalls den Anstaltszwang durch eine Verkaufsspflicht zu ergänzen. Sollte die geplante stärkere Verwendung von Kartoffelmehl für die Brotbäckerei Wirklichkeit werden, so bietet sich noch ein Anlaß mehr, die dadurch ersuchte Ernährungssicherung nicht wieder durch die unerschwinglichen Preise der neuen Vermischung ganz hinfällig machen zu lassen.

Da die Kartoffelernte, selbst nach den jüngsten herabgesetzten Schätzungen und nach Abzug des oltpreussischen und oberelbischen Ausfalls, immer noch als eine normale Durchschnittsernte anzusehen wäre, so dürften die behördlichen Preisnormen natürlich die leistungsfähigen Durchschnittspreise nicht wesentlich übersteigen.

Berlin, 26. Oktober 1914.

Max Schippel.

## Die Antwort der Italiener.

Der Vorsitzende des italienischen Bauarbeiterverbandes, Genosse Duaglini, der auch Mitglied der Deputiertenkammer ist, hat nun in Sache der Stellungnahme zum Krieg an den Genossen W. N. G., Vorstandsmitglied des deutschen Bauarbeiterverbandes, nachstehenden Brief geschrieben:

Turin den 9. Oktober 1914.

Lieber Winnig! Ich habe Dir nicht früher antworten können, weil ich genaue Auskünfte einzuholen wollte. Es scheint mir aber, daß die „Confederazione del Lavoro“ durch die Anmerkungen zu dem in ihrer letzten Nummer veröffentlichten Brief Sassenbachs erspöndlich (!) geantwortet hat. Die Genossen der „Confederazione“ konnten nicht die leiseste Ahnung haben, daß sie durch ihren Protest gegen die Grausamkeiten des deutschen Militarismus in Belgien und indem sie den Wunsch ausdrückten, die Meinung der deutschen Genossen über diese Vorgänge kennen zu lernen, auch Verdruß machen würden. Ganz anders war unsere Haltung, als unsere Regierung den Feldzug in Libyen unternahm. Obwohl es sich um Völker von niedriger Kultur handelte, haben wir keinen Anstand genommen, gegen diese Uebertretung des Völkerrechts aufs heftigste zu protestieren, weil wir des Glaubens sind, daß dies die elementare Pflicht für alle ist, die sich zu den humanitären Ideen bekennen.

Tamals wurden die Italiener durch die ausländische Presse als Banditen und Barbaren bezeichnet. Aber wir haben uns nicht darüber empört, weil wir sehr wohl wissen, daß man dem Volke die Verantwortung für die Handlungen seiner Regierung nicht zuschreiben darf. Wenn es nicht so wäre, dann läge ich nicht ein, wenn man die Deutschen, die Russen, die Amerikaner und die Briten als Banditen bezeichnet.

Ich will nicht über die Ursachen und den Charakter des gegenwärtigen Krieges diskutieren. Ich sage Dir nur, daß es in Italien keinen Menschen irgendeiner Partei gibt, der an den Abwehrcharakter des Krieges der zwei Zentralreiche glaubt. Und es genügt als Beweis für diese Tatsache, daß, wenn Deutschland und Österreich der zugegriffene Teil gewesen wäre, so hätte sich Italien kraft des Bündnisvertrages nicht weigern können an der Seite der beiden Verbündeten zu kämpfen.

Aber angenommen auch, daß wir im anten glauben, wenn der Krieg ein Überbieten ist, so ist es doch nicht unsere Pflicht, die Verantwortung für die Handlungen unserer Regierung nicht zu schreiben darf. Wenn es nicht so wäre, dann läge ich nicht ein, wenn man die Deutschen, die Russen, die Amerikaner und die Briten als Banditen bezeichnet.

Ich weiß nicht, ob es möglich ist, mich nach dem Stand der anten Verhältnisse wieder zu äußern. Ich habe mich aber entschieden, daß ich schon jetzt meine Gedanken über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Bauarbeiterverbandes in dieser Zeit öffentlich äußern möchte.

Der „Grundriss“ antwortet darauf, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht nur die Verantwortung für die Handlungen ihrer Regierung nicht zu schreiben darf, sondern auch die Verantwortung für die Handlungen der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Bauarbeiterverbandes in dieser Zeit öffentlich äußern möchte.

1. Stationsbestimmung der Temperatur: Stationsbestimmung: